

4. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 14. Juli 1949.

379/J

A n f r a g e

der Abg. G e i s s l i n g e r, H i n t e r n d o r f e r, P r i n k e,
M a t t, S t e i n e g g e r und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr,
betreffend Personalaufnahmen bei den Österreichischen Bundesbahnen.

-.--.-

Die "Kärntner Volkszeitung" berichtet am 26. Juni l.J.:

"Bei den Bundesbahnen in Sankt Veit a.d. Glan hat sich bereits mehrfach der Fall zugetragen, dass von einem Kanzlisten von kürzlich aufgenommenen Bediensteten eine schriftliche Bestätigung verlangt wurde, dass sie nicht Mitglieder der Volkspartei sind. H.R. sprach am 24. Juni in der Hauptbezirksparteileitung St. Veit vor und ersuchte, eine solche Bestätigung über seine Nichtmitgliedschaft an die Streckenleitung St. Veit direkt zu senden, da man sie dort von ihm verlangt habe. Am gleichen Tage kam der Eisenbahner J.P., Mitglied des Arbeiter- und Angestelltenbundes, zum Leiter der Sektion Eisenbahner des ÖAAB Sankt Veit und verlangte ebenfalls eine schriftliche Bestätigung, dass er nicht Mitglied der Volkspartei sei, weil eine solche Bestätigung bei der Bahn von ihm verlangt wurde. Er teilte weiter mit, dass er wegen seiner Mitgliedschaft zum Arbeiter- und Angestelltenbund von Funktionären des 'unpolitischen' Gewerkschaftsbundes (!) beschimpft und angefeindet wurde."

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr die

A n f r a g e .

ob in dieser Angelegenheit eine strenge Untersuchung eingeleitet wurde und ob bei den Österreichischen Bundesbahnen die Freiheit der Gesinnung auch bei Aufnahmen gewährleistet werden wird.

-.--.-